



Die Polikliniken Espíritu Santo in der aktuellen Krisensituation in Peru

Wie auch in deutschen Medien zu erfahren ist, erlebt Peru gerade eine extrem schwere politische und wirtschaftliche Krise, von der auch wir, die Polikliniken Espíritu Santo in Arequipa und Lima, betroffen sind. Da jedoch weltweit z. T. sachliche falsche, einseitige oder verkürzte Berichte über die aktuelle Situation in Peru kursieren, möchten wir in diesem Bericht versuchen, die aktuellen Geschehnisse möglichst objektiv zu beschreiben, sie nach unserer Sichtweise einzuordnen und die derzeitige Lage der Polikliniken darzustellen.

So möchten wir Ihnen und Euch, den Freunden, Mitgliedern und Förderern der Polikliniken Espíritu Santo, zunächst die Lage der Polikliniken Espíritu Santo in dieser komplizierten Situation darstellen, um dann einen chronologischen Überblick der politischen Ereignisse seit Anfang Dezember 2022 zu geben und anschließend die Hintergründe und vielfältigen Interessen hinter den aktuellen Protesten in Peru zu erklären.

Die Lage der Polikliniken Espíritu Santo

Bereits seit Beginn der Proteste Anfang Dezember kommen deutlich weniger Patienten in die drei Polikliniken in Arequipa und Lima. Dies liegt vor allem an den zahlreichen und z. T. wochenlangen Straßensperren, die sowohl verhindern, dass Patienten aus den benachbarten Regionen (Cusco, Puno, Moquegua, Tacna) als auch aus den umliegenden Ortschaften (Colca-Canyon, Küstenorte, etc.) in die beiden Polikliniken in Arequipa kommen. Selbst in der Stadt Arequipa gibt es eine Straßenblockade, die das Kommen der Patienten unterbindet. Hinzu kommt, dass die Kraftstoffpreise mittlerweile gestiegen sind und sich die Preise fürs Taxifahren verdoppelt oder verdreifacht haben. So kommen sogar aus der direkten Umgebung der Polikliniken weniger Menschen zu den Behandlungen. All das hat dazu geführt, dass wir deutlich weniger Einnahmen als vor den Protesten haben. Ebenso steigen die Lebensmittelpreise und die Preise für Medikamente und andere Medizinprodukte sowie Ersatzteile extrem an und die Lieferzeiten haben sich aufgrund der Straßensperren deutlich verlängert bzw. können nicht mehr eingehalten werden. In Teilen der Regionen Cusco, Madre de Dios, Ica und Arequipa gibt es wegen der mehr als dreiwöchigen Blockaden kein Gas (zum Kochen/als Kraftstoff) und kein Benzin/Diesel mehr. Nun wurde gemeldet, dass auch in Arequipa (ähnlich wie in Madre de Dios) Medikamente fehlen bzw. kaum noch vorhanden sind. Wegen dieser Umstände der stark gesunkenen Einnahmen und gleichzeitig stark gestiegenen Ausgaben haben bereits einige andere Polikliniken ihren Betrieb eingestellt und viele kleine oder mittelständische Firmen mussten schließen.

Aber der Betrieb unserer sozialen Polikliniken mit etwa 240 Beschäftigten, des Altenheims, die Unterstützung von Sozialfällen in den Polikliniken (kostenfreie medizinische Behandlungen für Patienten, die nicht über die finanziellen Mittel verfügen), die Unterstützung der vier Kinderheime in Arequipa (mit Essen und Medikamenten) sowie die Unterstützung der Patenkinder läuft selbstverständlich weiter. So konnten wir trotz der gesunkenen Einnahmen alle Beschäftigten im Dezember und Januar bezahlen und unsere – nur noch einige Monate laufenden – Kredite bedienen. Weiterhin versuchen wir durch verschiedene Maßnahmen, wie z. B. verstärktes Nehmen von Urlaub im Januar durch die Beschäftigten, unsere Ausgaben zu senken. Denn schließlich haben wir uns der qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung der armen/wirtschaftlich benachteiligten Bevölkerung im Süden Perus verschrieben. Dies ist unser Beitrag zur langfristigen Entwicklung Perus. Und in diesem Sinne konnten wir in den vergangenen Tagen in verschiedenen Fällen erneut direkt und unkompliziert helfen. Einen dieser Fälle möchten wir hier exemplarisch schildern:

- Am 22. Januar wurde beim Angriff auf die Polizeistation in La Joya (etwa 1 Stunde außerhalb der Stadt Arequipa) nicht nur das dortige Polizeigebäude von „Demonstranten“ angezündet, sondern auch ein Polizist als Geisel genommen und mit Benzin übergossen. Glücklicherweise konnte im letzten Moment Pater José Caselli (Pfarrvikar in La Joya) mit den „Demonstranten“ verhandeln und die Freilassung des Polizisten im Austausch mit festgenommenen „Demonstranten“ erwirken. Am Mittwoch nun, kam Pater

Av. Arequipa 726 – Alto Selva Alegre AREQUIPA – PERÚ

264005 – 263467

e-mail: asociacionproespiritusanto@hotmail.com



José Caselli in unsere Poliklinik und bat um Hilfe. Er sei aus dem „Auge des Sturms“ in La Joya geflohen und benötige nun einige medizinische Untersuchungen. Da er wie die meisten Pfarrvikare in den peruanischen Provinzen über kaum finanzielle Mittel verfügt, erhielt er die entsprechenden Untersuchungen bei uns kostenfrei, schließlich hat er ein Leben gerettet und versucht Frieden zwischen „Demonstranten“ und Polizei zu stiften.

An dieser Stelle möchten wir uns sehr herzlich für alle Spenden der vergangenen Monate – besonders zu Weihnachten – bedanken! Ohne diese großzügige Unterstützung wäre unser Engagement für die Armen im Süden Perus nicht möglich!

Wir hoffen und beten täglich, dass sich bald eine Lösung der aktuellen Krise abzeichnet und unsere Patienten wieder zu uns in die Polikliniken Espíritu Santo kommen können. Bis dahin kämpfen wir mit allen unseren Mitarbeitern und Ärzten, Freunden und Förderern dafür, der peruanischen Bevölkerung eine angemessene und würdige Gesundheitsversorgung zu ermöglichen!

Chronologischer Überblick

Nun also zum chronologischen Überblick der politischen Ereignisse seit Anfang Dezember in Peru:

- Am 07. Dezember kündigt Pedro Castillo (bis dato amtierender Präsident Perus) die verfassungswidrige Auflösung des peruanischen Kongresses, die Ausrufung des Notstands und die Einsetzung einer Notregierung an: ein versuchter Staatsstreich. Anschließend wird er in einem Misstrauensvotum des Kongresses abgesetzt sowie die bisherige Vizepräsidentin Dina Boluarte vereidigt und ins Amt eingeführt. Dieser demokratische Ablauf ist in der peruanischen Verfassung in diesem Fall vorgesehen.
- In den folgenden Tagen kommt es landesweit zu Protesten und Straßenblockaden, besonders in den südlichen Regionen Ica und Apurímac. Am 12. Dezember eskaliert die Lage dann in Arequipa: ca. 4000 Demonstranten stürmen eine Milchfabrik und etwa 400 Demonstranten besetzen den internationalen Flughafen der Stadt. Die Milchfabrik kann nach



Landkarte Perus und seiner Regionen.

Rote Punkte: regionale Hauptorte

Quelle: commons.wikimedia.org/wiki/File:Departamentos_del_Per%C3%BA.svg

Av. Arequipa 726 – Alto Selva Alegre AREQUIPA – PERÚ

264005 – 263467

e-mail: asociacionproespiritusanto@hotmail.com



der Besetzung und Brandstiftung erst nach zehn Tagen den Betrieb wiederaufnehmen, der Flughafen ist so zerstört, dass eine Woche lang keine Flüge starten/landen können. Weiterhin werden eine Bank und ein Mobilfunkgeschäft in der Stadt Arequipa überfallen und zerstört.

- Am 14. Dezember ruft die peruanische Regierung den nationalen Ausnahmezustand aus. So kann das Militär die Polizei unterstützen und Straßenblockaden räumen. Die peruanische Präsidentin Dina Boluarte hat inzwischen Neuwahlen für April 2024 vorgeschlagen, das reicht den Demonstranten jedoch nicht. Sie fordern nun nicht mehr nur die Auflösung des Kongresses und Neuwahlen, sondern auch den Rücktritt von Dina Boluarte. Einige fordern zudem die Freilassung Pedro Castillos, der seit seinem vereitelten Staatsstreich in Untersuchungshaft sitzt.
- In Ayacucho sind die Auseinandersetzungen mit der Polizei so massiv, dass bei Protesten und der Erstürmung des Flughafens von Ayacucho 10 Menschen ums Leben kommen. Die Ereignisse vom 15. Dezember in Ayacucho erinnern viele Peruaner an die „Zeit des Terrorismus“ der 80er und 90er Jahre in Peru. Damals ging der peruanische Staat radikal gegen mögliche oder angebliche Terroristen des „Sendero luminoso“ („Leuchtender Pfad“, linke Terrororganisation). So starben in diesen beiden Jahrzehnten ca. 70 000 Personen im bewaffneten Konflikt in Peru, die meisten von ihnen Zivilisten. Und nicht nur die Erinnerungen an den blutigen Konflikt von damals leben wieder auf, sondern z. T. auch die rassistischen Vorurteile gegenüber der indigenen Hochlandbevölkerung Perus, die gerade in den Regionen Ayacucho und Apurímac einen Großteil der Bevölkerung ausmacht: Verschiedene Politiker aus Lima äußern sich abwertend oder sogar beleidigend über die Demonstranten im zentralen Hochland Perus ohne Belege/Beweise für die Anschuldigungen vorzulegen.
- Am 20. Dezember stimmen die Abgeordneten in erster Lesung mehrheitlich für vorgezogene Kongress- und Präsidentschaftswahlen in 2024, dies muss nun in zweiter Lesung bestätigt werden. Nach wie vor gilt in einzelnen Provinzen u. a. in den Regionen Arequipa, Puno und Cusco eine nächtliche Ausgangssperre. Über Weihnachten und Neujahr gibt es eine fast landesweite Protestpause, für Anfang Januar 2023 sind wieder Proteste angekündigt.
- Zunächst bleiben die Proteste, die am 04. Januar 2023 wieder begonnen haben, friedlich. Doch am 09. Januar eskaliert die Situation in Juliaca (Region Puno) beim Versuch der Demonstranten den dortigen Flughafen zu stürmen. Insgesamt sterben in Folge der Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei 19 Personen, darunter 1 Polizist, der in seinem Dienstfahrzeug lebendig verbrannt wird.
- Am 13. Streiktag (16. Januar) steigt die Zahl der Todesfälle in Verbindung mit den Protesten auf mindestens 50 an. Zudem sind von den Demonstranten landesweit knapp 100 Straßenblockaden errichtet. Und in verschiedenen Regionen (u. a. Puno, Cusco, Lima, Callao, Apurímac, Madre de Dios, Moquegua) gilt ein 30-tägiger Ausnahmezustand, in Puno zudem eine 10-tägige nächtliche Ausgangssperre.
- Am 19. Januar findet ein landesweiter Protesttag statt, mit zahlreichen Demonstrationen in Lima und über 140 Straßenblockaden in gesamten Land, alleine fast 40 Blockaden in der Region Puno. Auch an den folgenden Tagen sind über 100 Straßen blockiert (ca. 120 000 LKW stecken fest) und es finden zahlreiche Proteste statt. Gleichzeitig gibt es innerhalb von 8 Tagen mindestens 24 Angriffe bzw. Attentate auf öffentliche oder private Gebäude/Einrichtungen, u. a. werden:
 - in 5 Polizeistationen in den Regionen Puno und Arequipa Brände gelegt
 - mindestens zwei Minen (Region Cusco) angegriffen und Wohngebäude dieser zerstört
 - private sowie öffentliche Wohn- und Bürogebäude in Huancavelica, Cusco, Huaraz, Puno und Andahuaylas angezündet
 - die Casona Marcionelli an der Plaza San Martín in Lima vermutlich durch Brandstiftung zerstört
 - Felder von Landwirtschaftsbetrieben in der Region Ica verbrannt
 - Eisenbahnanlagen der Zugstrecken Cusco – Machu Picchu und Cusco – Puno zerstört

Av. Arequipa 726 – Alto Selva Alegre AREQUIPA – PERÚ

264005 – 263467

e-mail: asociacionproespiritusanto@hotmail.com



- die Flughäfen von Cusco, Juliaca (Region Puno) und Arequipa eingenommen und teilweise schwer beschädigt
 - die Universität San Marcos in Lima eingenommen und später durch die Polizei geräumt (Festnahme von fast 200 Demonstranten, davon 4 mit Verbindungen zum MOVAREDEF, s. u.)
 - Attentate auf Ölpipelines (Region Amazonas) und Telekommunikationsleitungen (Region Arequipa) verübt
- Bis heute (01. 02. 2023) gibt es mindestens 65 Todesfälle die direkt (52) oder indirekt (13) mit den Protesten, Auseinandersetzungen und Straßenblockaden in Verbindung stehen. Dazu kommen ca. 1800 Verletzte, davon ca. 900 Polizisten. Und trotz mehrfacher stundenlanger Debatten und Abstimmungen konnte der peruanische Kongress noch keinen Zeitpunkt für vorgezogene Neuwahlen abschließend bestimmen.

Hintergründe der Proteste

Dies also zur chronologischen Übersicht der Ereignisse der vergangenen Wochen in Peru. Doch die Krise, die wir jetzt hier erleben, hat nicht erst am 07. Dezember 2022 begonnen, sondern bereits einige Jahre zuvor:

So gab es in den vergangenen 6½ Jahren sechs verschiedene Präsidenten und in der 1½-jährigen Amtszeit von Pedro Castillo fünf Kabinette mit fast 80 verschiedenen Ministern, u. a. 6 Verteidigungsministern, 7 Innenministern und 4 Gesundheitsministern. Somit ist die Amtszeit von Pedro Castillo die instabilste seit der Unabhängigkeit Perus im Jahr 1821. Da er zudem fast keine politischen Projekte vorweisen kann und seine Reden von sehr geringem Wissen zeugen, zeichnet sich ein desolates Bild des Ex-Präsidenten ab: Der Dorfschullehrer aus Cajamarca, der nie unterrichtet hat, ist zwar ein Vertreter der indigenen, ländlichen Bevölkerung Perus, verfügt aber über kein politisches Wissen, kann nicht vermitteln, was er erreichen möchte und hat seine (Wahl-)Versprechen nicht umgesetzt. Ein weiteres Problem: Er versprach als peruanischer Präsident Bolivien den Zugang zum Meer.

Und mit Bolivien kommen wir zu den ausländischen Akteuren in der aktuellen innenpolitischen Krise Perus:

- Evo Morales und die aktuelle bolivianische Regierung:
Der Ex-Präsident Boliviens gründete nach seinem Rücktritt die Organisation „Runasur“, die die Grundlagen für ein plurinationales Südamerika legen soll. Darin inbegriffen der Zugang Boliviens zum Meer, den es im Salpeterkrieg (1879 – 1884) an der Seite Perus gegen Chile verloren hatte. Um diesen Interessen Nachdruck zu verleihen, war Evo Morales regelmäßiger Gast im Süden Perus und pflegte enge Kontakte zur Regionalregierung Punos. Mittlerweile ist Evo Morales nicht nur die Einreise nach Peru verboten, sondern es laufen Ermittlungsverfahren gegen ihn und seine peruanischen Freunde Vladimir Cerrón (Chef der links-sozialistisch, marxistisch-leninistischen Partei Perú Libre, ehemalige Partei Pedro Castillos und Dina Boluartes) und Germán Alejo Apaza (ehemaliger Chef der Regionalregierung von Puno).
Gleichzeitig begehrt in Bolivien die wirtschaftlich starke Region Santa Cruz gegen die Regierung in La Paz auf, gerade nach der Verhaftung des Oppositionsführers und Chefs der Regionalregierung von Santa Cruz Luis Fernando Camacho am 28. Dezember 2022. Die umstrittene Festnahme löste eine Protestwelle in Bolivien aus, die in den folgenden Tagen nicht nur die Region Santa Cruz, sondern auch Oruro, Potosí, Cochabamba und La Paz betraf: Es ist erneut der regionale Kampf zwischen Osten und Westen in Bolivien ausgebrochen. Und auch wenn es keine gesicherten Belege für einen Plan Evo Morales für ein neues Bolivien gibt, so liegt doch der Verdacht nahe, dass die peruanische Region Puno und die bolivianische Region La Paz Zentrum eines neues plurinationales bolivianischen Staates werden sollen. In Beiträgen auf verschiedenen sozialen Medien kursieren sogar erste Landkarten des „neuen Boliviens“.
- Drogenhandel und Waffen aus Bolivien:



Der Titicacasee als Grenze zwischen Peru und Bolivien ist seit einigen Jahren Umschlagsplatz für verschiedenste Schmugglerwaren, seit der Corona-Pandemie vor allem für Koka-Blätter, Koka-Paste und Kokain. Diese werden in Peru produziert und bei Desaguadero über den See nach Bolivien transportiert. In 2022 fanden mehrfach Beschlagnahmungen durch die peruanischen Behörden statt. Weiterhin werden zahlreiche Lebensmittel (u. a. Kartoffeln) sowie Kraftstoff (u. a. Diesel) über den See geschmuggelt. Das praktische für die Schmugglerfamilien ist dabei, dass sie Kokain aus Peru gegen Kraftstoff aus Bolivien tauschen und so die risikoreiche Geldwäsche umgehen können. Doch nicht nur der Drogenhandel floriert zurzeit am Titicacasee: Menschenhandel und der Schmuggel von Quecksilber für die illegalen Goldminen in den Regionen Puno und Madre de Dios sind in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Die Frauen und Mädchen aus Bolivien werden über Juliaca zu den illegalen Minen gebracht und dort sexuell ausgebeutet. Das zum Schürfen von Gold benötigte Quecksilber wird über die gleiche Route illegal aus Bolivien nach Peru transportiert. Dass Evo Morales als ehemaliger Koka-Bauer und Ex-Präsident Boliviens und/oder die Schmuggler-Familien am Titicacasee dank ihrer florierenden Geschäfte die aktuellen Proteste zu ihren Gunsten ausnutzen und finanziell unterstützen, wird von einigen Journalisten und peruanischen Kongressabgeordneten angenommen, auch wenn bisher gesicherte Belege fehlen.

Hinzu kommt, dass vermutlich aus Bolivien Waffen nach Peru transportiert worden sind, um die Proteste in der Region Puno zu unterstützen. Es stelle sich heraus, dass – ähnlich wie bei den Aufständen in Sacaba und El Alto in Bolivien vor einigen Jahren – einige Todesopfer der aktuellen Proteste in Puno und Cusco nicht durch Kugeln der Polizei oder des Militärs, sondern durch expandierende Geschosse zu Tode gekommen seien. Die Ermittlungen der peruanischen Staatsanwaltschaft hierzu dauern an. Unterdessen erklärten ein bolivianischer Abgeordneter und eine chilenische Abgeordnete, dass hinter diesem illegalen Waffentransport die Gruppe der „Ponchos Rojos“ (rote Ponchos, Gruppe des „MAS“ – Movimiento al Socialismo, Bewegung zum Sozialismus – Partei Evo Morales) stecke und die Munition, die angeblich aus illegalem Bergbau und Drogenhandel stamme, nun von Zivilisten in Peru verwendet würde. Das einzige Ziel sei, Konfrontationsszenarien zu schaffen, um ein separatistisches politisches System zu erzwingen, so die beiden Abgeordneten.

- Mexiko, Chile, Kolumbien und Honduras:

Die Staatschefs dieser Länder haben sich bereits mehrfach für Pedro Castillo als peruanischen Präsidenten ausgesprochen und erkennen Dina Boluarte nicht als rechtmäßige Präsidentin Perus an. Dies wurde erneut auf dem Gipfel der „CELAC“ (Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten) deutlich. So kritisierte u. a. Gabriel Boric, Präsident von Chile, die Regierung von Peru und ihr Vorgehen gegen die Demonstranten. Er betonte die „dringende Notwendigkeit eines Kurswechsels in Peru. In diesem Sinne bekräftigte der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador, dass es im Falle Perus „das Beste“ sei, „Wahlen einzuberufen, das Volk entscheiden zu lassen und die demokratische Methode anzuwenden“. Ähnlich äußerte sich auch Kolumbiens Staatschef Gustavo Petro und die Präsidentin von Honduras Xiomara Castro. Dass es voraussichtlich spätestens im April 2024 demokratische Neuwahlen in Peru geben wird und die peruanische Polizei derzeit nur versucht, die kritische Infrastruktur des Staates zu verteidigen, wird von diesen Staatschefs vollkommen ignoriert.

Neben den ausländischen Akteuren spielt noch eine weitere Gruppierung eine wichtige Rolle in der aktuellen Krise:

- Einfluss des Sendero Luminoso (Leuchtender Pfad):

Schon während der Proteste im Dezember 2022 wurde darüber spekuliert, ob und wenn ja, von wem „Demonstranten“ bezahlt werden, um an den landesweiten Protesten teilzunehmen. Nun wurde die Genossin „Cusi“ (Rocío Leandro Melgar, Mitglied der „Neuen Roten Fraktion“ der linken Terrororganisation



Leuchtender Pfad/Sendero Luminoso) verhaftet und in Untersuchungshaft genommen. Sie soll Koka-Bauern des VRAEM (Konfliktregion und Rückzugsort des Sendero Luminoso) und Anhängern des Ethnocacerismus (ethnonationalistische politische Strömung Perus) Geld für die Mobilisierung der Massen zu weiteren Protesten in Ayacucho übergeben haben. Gleichzeitig habe sich das sogenannte dritte Mitglied des Sendero Luminoso (nach dem politischen Befehlshaber und dem militärischen Kommandanten) mit den Anführern der Proteste in anderen Regionen (u. a. Cusco, Puno, Apurímac) abgestimmt, um die Mobilisierung zu verstärken. Das gezielte Vorgehen durch Attentate auf Polizeistationen und kritische Infrastrukturen ist ein weiterer Hinweis darauf, dass die Terrororganisation Sendero Luminoso großen Einfluss auf die aktuelle Krise Perus nimmt.

Daneben beeinflusst auch der MOVAREDEF und seine Mitglieder die aktuellen Proteste: Der MOVAREDEF (Movimiento por la Amnistía y los Derechos Fundamentales, „Bewegung für Amnestie und Grundrechte“) wurde 2009 gegründet und agiert seitdem als politischer Arm der Terrororganisation Sendero Luminoso. U. a. 4 Unterstützer des MOVAREDEF wurden bei der Räumung der Universität San Marcos in Lima festgenommen. Ein weiteres Mitglied des MOVAREDEF (und in den 80er Mitglied des Sendero Luminoso) organisiert derzeit die Proteste in Huayaco (Region Junín). Übrigens stand auch Pedro Castillo dem MOVAREDEF Nahe.

Soweit also zu den Hintergründen und den vielfältigen (ausländischen/terroristischen) Interessen hinter den aktuellen Protesten in Peru.

Wie gesagt, wir hoffen, dass sich die Situation bald wieder verbessert, unsere Patienten wieder zu uns kommen können und wir die nächsten Projekte der sozialen Polikliniken beginnen können!

Mit herzlichen Grüßen aus Arequipa,

Víctor Bernal Szkuta, Eloisa Tupia Salazar, Dominic Ferber